

Warum wählt der Arbeiter die K.P.D.?

Die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den Lebensinteressen der Arbeiterklasse zeigt sich am klarsten in ihrer Stellungnahme während der Wirtschaftskämpfe, in ihrer Stellungnahme zur Politik des Trustkapitals. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren mit Unterstützung der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Rationalisierung in den Betrieben durchgeführt. Wenn hat die Rationalisierung genutzt? Den Profitinteressen der Unternehmer oder der Hebung der Lebenslage der Arbeiter?

Ebenso wichtig ist die Stellung zum Schlichtungssystem. Die Erfahrungen aller Arbeiterkämpfe des letzten Jahres lehren, daß das Schlichtungssystem ausschließlich den Unternehmerinteressen dient und ein Mittel ist, mit Hilfe der staatlichen Organe die Arbeiter zu knebeln. Wer also, wie die Christlichen und die Sozialdemokraten, für das Schlichtungssystem eintritt, der unterstützt die Unternehmer.

Außer der Anwendung der Schlichtungsqualitine sind die Unternehmer bemüht, durch Zersplitterung der Arbeiterbewegung die Durchführung der Arbeiterforderungen zu verhindern. Dieselbe Politik der Isolierung und Zersplitterung der Bewegungen wird von der reformistischen Bürokratie angewandt. Sie unterstützt nur solche Bewegungen, die weder durch ihre Ausdehnung, noch durch ihre Bedeutung (Streik in lebenswichtigen Betrieben) die kapitalistische Wirtschaft und den kapitalistischen Staat gefährden. Sie versucht also praktisch alle Bewegungen zu verhindern, die geeignet sind, die Macht der Unternehmer zu schwächen. Aber ohne Erfüllung der Macht des Trustkapitals ist es nicht möglich, die elementarsten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, insbesondere ist ohne Kampf in breiter Klassenfront die Siebenstundenschicht und die 45-Stunden-Woche in anderen Betrieben nicht zu erreichen.

Die Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaftsführer versuchen den Arbeitern weiszumachen, daß nach den Wahlen mit Hilfe einer Koalitionsregierung eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter möglich sei. Jeder Arbeiter möge sich erinnern, wie die Koalitionsregierungen in der Zeit nach 1918 die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten haben. Waren es nicht Koalitionsregierungen, die Beschlüsse faßten über Verlängerung der Arbeitszeit, über Befestigung des Achtstundentages? Waren es nicht Koalitionsregierungen, die sich besonders energisch für das Schlichtungssystem einsetzten? Waren es nicht die Koalitionsregierungen, die den Arbeitern predigten, ihr müht euch mehr zu arbeiten, damit die deutsche kapitalistische Wirtschaft „gesundet“, — damit also der Profit der Unternehmer erhöht wird?

Arbeitler! Vergesst nicht die Taten jener Koalitionsregierungen, in denen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Unternehmervertretern die Arbeiterforderungen abgemürt haben.

Trotz guter Konjunktur ist der Reallohn nicht gestiegen. Aber hören wir, was der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, dazu sagt. Im Anschluß an die recht beachtenswerte Feststellung des Halbjahresberichtes der Reichsstatistik V. G., daß die deutsche Kapitalbildung im Jahre 1927 um etwa 1,2 Milliarden größer war als in den beiden vorhergehenden Jahren, schrieb der „Vorwärts“ am 4. Januar 1928:

„Ein Ergebnis, das wiederum die von der organisierten Arbeiterchaft bewußt mit eigenen Opfern gegen die Unternehmer geförderte Rationalisierung rechtfertigt.“

Unberücksichtigt sei hier die Frage, inwiefern der „Vorwärts“ berechtigt ist, im Namen der organisierten Arbeiterchaft zu sprechen. Das wichtigste an dieser Aeußerung des sozialdemokratischen Zentralorgans ist jedoch: Die SPD. verläßt, um ihre Politik den Arbeitern möglichst schmackhaft zu machen, die Tatsachen zu verdrängen. Es ist irrsinnig, zu glauben, daß die Unternehmer, die doch — wie jeder Arbeiter seit mehr als zwei Jahren spürt — auf Kosten der Arbeiter überall rationalisieren, sich gegen ihre eigene Rationalisierung wenden. Dieser Irrsinn, mit schönen Phrasen verbrämt, dient aber der SPD. zur Verhinderung der Auswirkungen der von ihr geförderten Rationalisierung der Arbeiterchaft. Diese Auswirkungen sind: 1. lange Arbeitszeit, 2. schlimmste Scherarbeit, 3. Erhöhung des Unternehmerprofits (7 1/2 Milliarden Kapitalbildung 1927), 4. Stärkung der politischen Macht des Privatkapitals.

Eine Unmenge amtlicher Zahlen lassen erkennen, daß die Industrie- und Bankkapitale ungeheure Profite als Ergebnis der kapitalistischen Rationalisierung einheimischen konnten. Auf der anderen Seite zeigt ein Vergleich der Lohnhöhe und Preisentwicklung, daß trotz der ausgesprochenen Hochkonjunktur des letzten Jahres die Reallohne keinesfalls gestiegen sind. Die Arbeiterpolitik des Trustkapitals, die Zoll- und Steuerpolitik des Bürgerblocks, die von dem sozialdemokratischen Minister Preukens im Reichsrat unterstützten Mieterhöhungen usw. halten schnell die geringen Lohnrückgehungen auf. Es wäre ein Reichtum, hier noch weitere Tatsachen sprechen zu lassen. Das furchtbare Schicksal in den ration-

nalisierten Betrieben, das Ansteigen der Krankeits- und Unfallzahlen, kurz — die verwerflichen Folgen der kapitalistischen Rationalisierung für die Arbeiter, brachten den Unternehmern immer höhere Gewinne.

Koalitionspolitik oder Klassenkampf?

Dem deutschen Kapital wurde kein Wiederaufbau in erster Linie durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD. ermöglicht. Diese Politik der Reformisten, begonnen während des Weltkriegs und fortentwickelt von der Arbeitsgemeinschaft Region-Deipart und

Dokumente der Schande

Streikbrecherliste der Unternehmer und der Gewerkschaften im sozialdemokratischen „Hamburger Echo“

Arbeit im Hafen.

Durch Entscheidung des Herrn Reichsforstbeständes ist der Schlichter vom 29. Dezember für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbindlich gemacht. Die Hafenarbeit darf nicht durch Arbeitsverweigerung gelähmt werden, und die durch den Schlichter beschiedenen Löhne müssen gezahlt werden. Die Löhne betragen im Einzelhandel, im Großhandel u. a. m. 1. Schicht, K.A. 7.20 für I. Schicht, K.A. 8.25 für II. und K.A. 8.64 für III. Schicht. Auf kopierente Lieberkichten wird ein besonderer Zuschlag von 20 % gezahlt. Auch die Zuschläge sind erweitert und in diesen Punkten erhöht. Arbeiter werden in den bekannten Betrieben zur Arbeit in beabsichtigter Weise angeworben und in den Lieberkichten ausgeliefert.

Hamburg, 1. Oktober 1928.

Hafenbetriebsverein in Hamburg z. N.

Deutscher Verkehrsbund
Deutscher Reichsbund
Zentralverband der Maschinenisten u. Helfer
Deutscher Reichsbund

Nach die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters für die Hafenbetriebe durch den Reichsforstbeständes ist die Tarif- und Lohnbewegung für die Organisationsmitglieder des Deutschen Reichsbund und den Zentralverband der Maschinenisten und Helfer und damit auch für die Mitglieder des Reichsbund selber Organisationsmitgliedern herbeiführt. Von den Organisationsmitgliedern ist jedoch Unterstützung irgendwelcher Art nicht gebührt. Die Ausübung von Streik und im ähnlichem Art kann nicht gebührt. Die von unentgeltlicher Seite unter den Hafenarbeitern verbreiteten Gerüchte, daß, wenn auch die Organisationsmitglieder den Streik nicht unterstützen können, in irgendeiner Form finanzielle Unterstützung den Hafenarbeitern angedacht werde, sind daher erfinden.

Deutscher Reichsbund
Zentralverband der Maschinenisten u. Helfer
Deutscher Reichsbund

Der Raub des Achtstundentages.

Die Tatsachen sowie amtliche und gewerkschaftliche Dokumente beweisen, daß für die über große Mehrheit der Industriebetriebe der Achtstundentag nicht mehr besteht. Besonders in den gesundheitschädlichen Betrieben der Schwerindustrie, wo zuerst die Rationalisierung durchgeführt wurde, herrscht die mehr als achtstündige Arbeitszeit vor. In unglücklichen Betrieben wird sogar heute mehr als zwölf Stunden täglich gearbeitet.

Dieser Raub des Achtstundentages ist besonders zurückzuführen auf die Haltung der sozialdemokratischen und zentrumsparlamentarischen Führer. Schon vor dem Angriff der Großen Koalition, einmündlich der Sozialdemokraten, auf den Achtstundentag hat die SPD. im Reichstag eine Erklärung unterzeichnet, in der im „Interesse der Wirtschaft“ die Abschaffung des gesetzlichen Achtstundentages gefordert wurde. Aus einer Mitteilung des christlichen Sozialreformers Prof. Ludwig Heye geht hervor, daß die Sozialdemokraten zusammen mit den Zentrumsführern, nachdem die Unternehmer für einen kleinen Teil von Feuerarbeitern den Achtstundentag versprochen, ausdrücklich Abstand nahmen von einem Kampf um den Achtstundentag in der gesamten Schwerindustrie. Auch im letzten großen Konflikt in der Schwerindustrie kam das klar zutage. Die Interpellation der kommunistischen Reichstagsaktion gegen den Reichsarbeitsminister Brauns wurde von den Sozialdemokraten im Interesse der Koalitionspolitik den Kampf um den Achtstundentag sabotieren. Wie der „Kampf“ weiß, daß die Sozialdemokraten im Interesse der Koalitionspolitik die Beratung des Arbeitszeitgesetzes, gegen das die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gewonnen, gegen das Arbeitszeitgesetz des Bürgerblocks, das den Raub des Achtstundentages gesetzlich verankert, zu stimmen. Aber die Haltung der sozialdemokratischen Minister Preukens zu diesem Bürgerblockgesetz heißt die Praxis der Sozialdemokratie in der Arbeitszeitfrage auf. Die preukensche Regierung, in der die SPD. führend ist, hat im Reichsrat dem reaktionären Arbeitszeitgesetz des Trustkapitals, das sich offensichtlich gegen die Arbeiterchaft richtet, zugestimmt.

Nach reaktionärer ist stets die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Reichswirtschaftsrat. Hier fühlen sich die Sozialdemokraten vor der Öffentlichkeit gefehert.

Wirtschaftskämpfe und Reichstagswahl.

Selbst hört man heute noch in Betrieben und Gewerkschaften die von der Bürokratie geleitete Meinung, daß Wirtschaftskämpfe nicht das geringste mit den politischen Kampf zu tun haben. Gerade das verhärtete Vorhaben der Unternehmer, gerade der Streikrechts mit Hilfe der Schlichtungsbehörden und der des Achtstundentages müßten leben Arbeiter und Angestellten zeigen, daß die Wirtschaftskämpfe um Lohnrückbildung und Achtstag besonders gegenwärtig politischen Charakter tragen.

Als im Anfangstadium der Rationalisierung die Unternehmer Betriebe schließen wollten, die in Wirtschaftskämpfe, die in schlechte Ausperrungen waren, da sie zum Ziel hatten, die Mehrheit der Arbeiter zu überwinden. Die SPD. hat gerade die SPD. im Reichstag Forderungen auf, die die Maßnahmen der Unternehmer vereiteln sollten. Die SPD. hat gerade diese Forderungen ebenso wie die bürgerlichen Politiker vor Jahren, haben die Kommunisten in unglücklichen Fällen. Jüngere Forderungen gegen den Streikabstimmungskomitee Dr. J. Partei eine einbrachte. Bezeichnend für die Politik der SPD. ist ein Stützpunkt für die kommunistischen Forderungen in den Reichstagen. Die SPD. hat gerade die SPD. im Reichstag Forderungen auf, die die Maßnahmen der Unternehmer vereiteln sollten. Die SPD. hat gerade diese Forderungen ebenso wie die bürgerlichen Politiker vor Jahren, haben die Kommunisten in unglücklichen Fällen. Jüngere Forderungen gegen den Streikabstimmungskomitee Dr. J. Partei eine einbrachte. Bezeichnend für die Politik der SPD. ist ein Stützpunkt für die kommunistischen Forderungen in den Reichstagen. Die SPD. hat gerade die SPD. im Reichstag Forderungen auf, die die Maßnahmen der Unternehmer vereiteln sollten. Die SPD. hat gerade diese Forderungen ebenso wie die bürgerlichen Politiker vor Jahren, haben die Kommunisten in unglücklichen Fällen. Jüngere Forderungen gegen den Streikabstimmungskomitee Dr. J. Partei eine einbrachte. Bezeichnend für die Politik der SPD. ist ein Stützpunkt für die kommunistischen Forderungen in den Reichstagen.

Kampf der Scharfmacherpolitik.

In den letzten Tarifbewegungen zeigte es sich, daß Vertreterkommunistischen Führer ihre Abwürgungspolitik im Interesse der sozialdemokratischen Wirtschaft verhärteten. Eben weil die SPD. Aufruf mit sozialdemokratischen Gewerkschaften für die Arbeiterchaft in den Reichstagen die Vermeidung größerer Konflikte hat. Aber weil ihre Koalitionspolitik mit den Unternehmern die Vermeidung größerer Konflikte hat. Aber weil ihre Koalitionspolitik mit den Unternehmern die Vermeidung größerer Konflikte hat.

Der Kampf gegen die brutalen Angriffe der Unternehmer kann aber nicht geführt werden auf dem Wege der Koalitionspolitik mit den Scharfmacherpartei. Hoffen in der Volkspartei, Ködner im Zentrum und der „demokratische“ Scharfmacher Sie aus mens sind keine Bundesbrüder der Arbeiterchaft.

Nur die kommunistische Partei hat bewiesen, daß sie den Kampf gegen das Trust- und Monopolkapital führt. Offen erklärt die Kommunisten, daß die parlamentarische Verbesserung der Lebenslage des deutschen Arbeiters zu erwarten ist. Die Arbeiterchaft muß sich gerade gegenwärtig von den sozialdemokratischen Illusionen, die nur der Ermöglichung ihrer Koalitionspolitik dienen, befreien. Wie notwendig der Kampf gegen die Koalitionspolitik ist, beweisen die Erfahrungen der letzten vier Jahre, und nicht minder die Tatsache, daß eine neue Unternehmerrückbildung im Gange ist. Darum nicht revolutionäre Vertreter in den Reichstagen, die eure Interessen vertreten. Kämpft mit der einzigen Klassenkampfpartei.

Wählt Kommunisten!

Liste 5!

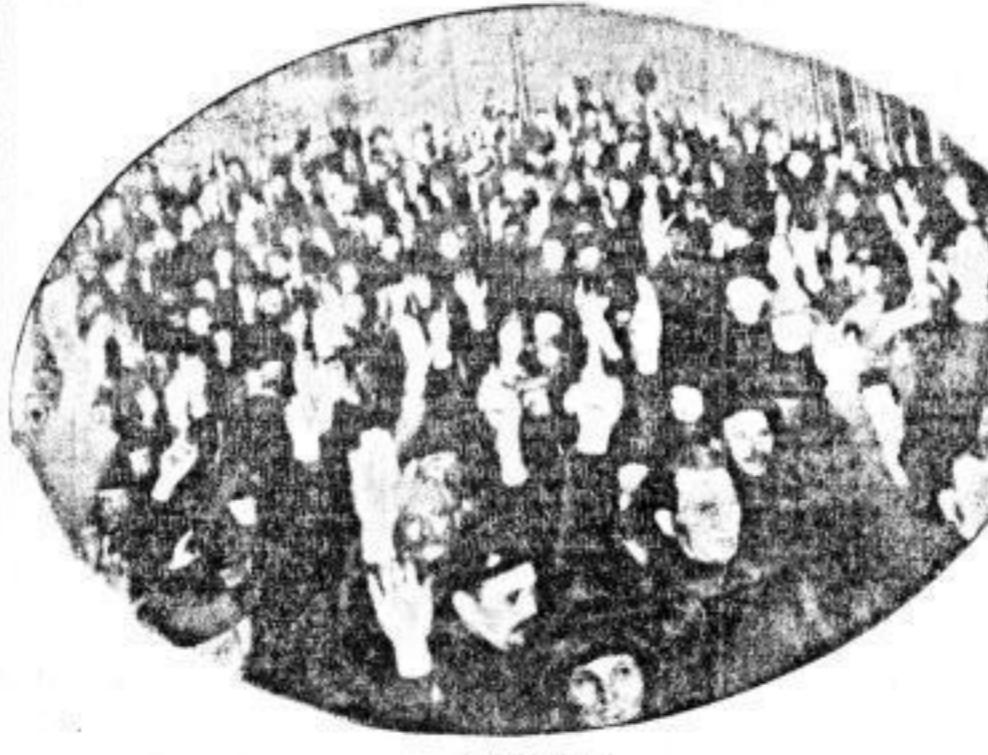


Der Demokrat Siemens, Scharfmacher und Aussperrter

Wohin führte die Wirtschaftspolitik der SPD?

Eigentlich braucht sich nur jeder Arbeiter seine Lohnsätze, jeder Angestellte seinen Gehaltszettel anzusehen, und leicht wird die Antwort auf diese Frage gefunden sein.

Arbeitler! Vergesst nicht die Taten jener Koalitionsregierungen, in denen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Unternehmervertretern die Arbeiterforderungen abgemürt haben.



Streiki

Arbeiterchaft muß sich gerade gegenwärtig von den sozialdemokratischen Illusionen, die nur der Ermöglichung ihrer Koalitionspolitik dienen, befreien. Wie notwendig der Kampf gegen die Koalitionspolitik ist, beweisen die Erfahrungen der letzten vier Jahre, und nicht minder die Tatsache, daß eine neue Unternehmerrückbildung im Gange ist. Darum nicht revolutionäre Vertreter in den Reichstagen, die eure Interessen vertreten. Kämpft mit der einzigen Klassenkampfpartei.

Arbeitler! Vergesst nicht die Taten jener Koalitionsregierungen, in denen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Unternehmervertretern die Arbeiterforderungen abgemürt haben.